

GZ-Serie Flucht & Vertreibung (34)

Dem Nazi-Terror folgt für viele Deutsche der Verlust der Heimat. Mehr als 14 Millionen werden zwischen 1944 und 1947 aus Schlesien, Pommern oder Ostpreußen fortgejagt, Unzählige sterben. Mit dem Schicksal dieser Flüchtlinge und Vertriebenen hat sich die GZ 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einer großen Serie beschäftigt, die heute endet. Zum Abschluss befassen wir uns mit der Rolle der Vertriebenen-Verbände in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

„Vorwürfe gegenüber Steinbach sind absurd“

Staatssekretär Hartmut Koschyk über die Gründung der Vertriebenen-Verbände, ihre umstrittene Chefin und das Verhältnis zu Polen

Der CSU-Politiker Hartmut Koschyk wurde 1987 mit nur 28 Jahren Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV). Bis 1991 übte er das Amt aus, heute ist er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Per E-Mail beantwortete er die Fragen von GZ-Redakteur Ralf Blasig zur Arbeit der Vertriebenen-Organisationen.

Millionen Deutsche mussten zwischen 1944 und 1947 ihre Heimat verlassen. Zu welchem Zweck haben sich viele von ihnen in den Vertriebenen-Verbänden organisiert?

Die heimatvertriebenen Deutschen organisierten sich in Vertriebenen-Verbänden und Landsmannschaften, um damit über ein politisches Sprachrohr für ihre sozialen und kulturellen Anliegen zu verfügen. Gleichzeitig galt es, die eigene kulturelle Identität und Traditionen auch für die kommende Generation zu bewahren.

Schließlich wurden politische Forderungen im Hinblick auf das Recht auf die angestammte Heimat erhoben, die für lange Zeit von allen demokratischen Parteien unterstützt wurden.

Wie bewerten Sie die Rolle der Verbände im politischen Leben der alten Bundesrepublik?

Die Vertriebenen in der Bundesrepublik konnten sich nach dem Ende des Vereinigungsverbot der Alliierten 1947 frei organisieren, sich öffentlich mit dem Schicksal der Vertreibung auseinandersetzen, ihre wirtschaftliche Eingliederung betreiben, zum Beispiel durch den Lastenausgleich, aber auch für die Wahrung gesamtdeutscher Rechtspositionen eintreten.

Gleichzeitig leisteten die Vertriebenen-Verbände mit ihrer vorbildlichen Integration nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland einen herausragenden Beitrag für das deutsche Wirtschaftswunder, was größten Dank und höchste Anerkennung verdient. Die Chance der Organisationsfreiheit hatten die Vertriebenen in der DDR leider nicht. Sie durften keine Organisationen gründen und erhielten keinerlei Lastenausgleich.

Vertriebenen-Vertreter wie Herbert Hupka galten vielen als Scharfmacher, die einer Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten im Weg standen. Inwieweit teilen Sie diese Sicht?

Ich teile die Auffassung keineswegs, dass Herbert Hupka der Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten im Weg stand. Breite Schichten der



Vier Jahre war Hartmut Koschyk Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, den er auch künftig für wichtig hält: „Ich bin überzeugt, dass das Interesse der Enkelgeneration an der Herkunft der Eltern und Großeltern in den kommenden Jahren eher zunehmen wird.“ Foto: dpa

Gesellschaft, nicht nur die Vertriebenen, warfen der Ostpolitik Willy Brandts vor, dass diese deutsche Interessen vernachlässigt und die Bundesrepublik vor Abschluss eines Friedensvertrages gar nicht berechtigt sei, auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie zu verzichten. Aus diesem Grund kam es auch Ende der 1960er-Jahre zum Bruch Hupkas mit der SPD.

Herbert Hupka setzte sich zeitlebens im Geiste der Charta der Vertriebenen für die europäische Einheit und eine nachhaltige Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn ein, ohne dabei die berechtigten Interessen der Heimatvertriebenen aus den Augen zu verlieren. Dafür wurde er nach der demokratischen Wende in Polen sehr gewürdigt und wurde sogar Ehrenbürger seiner Vaterstadt Ratibor in Oberschlesien.

Als früherer Generalsekretär kennen Sie den Bund der Vertriebe-

nen von innen. Wie muss man sich die tägliche Arbeit vorstellen?

Der BdV ist der Gesamtverband der rund 15 Millionen Deutschen, die infolge Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden haben und noch finden.

Als BdV-Generalsekretär war es meine tägliche Aufgabe, die sozialen und kulturellen Interessen der Heimatvertriebenen zu bündeln und mich für die berechtigten Anliegen in der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber der Politik nachhaltig einzusetzen.

Die spannendste Aufgabe während meiner Amtszeit als BdV-Generalsekretär war der Aufbau von Verbandsstrukturen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung und die Unterstützung deutscher Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa nach der demokratischen Wende 1989/90. Dabei begann auch der Dialog zwischen dem

BdV und den demokratischen Vertretern unserer östlichen Nachbarn.

Wie haben sich die Herausforderungen für die Vertriebenen-Verbände seitdem verändert?

Die deutsche Einheit und die Einigung Europas haben die Chance eröffnet, über das schmerzliche Thema von Flucht und Vertreibung auf neue Weise zu sprechen. Das schließt den selbstkritischen, den wahrhaftigen Blick auf die Vergangenheit ein, besonders auch den Blick auf die gemeinsame Geschichte der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn.

Der BdV leistet hierbei vorbildliche Arbeit. So war es auch der BdV, der den Anstoß für die Errichtung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gab. Viele Heimatvertriebene sind inzwischen in ihrer angestammten Heimat aktiv, erhalten Baudenkmäler, pflegen Friedhöfe, restaurieren Kirchen und organi-

sieren Ausstellungen über Kultur und Geschichte. Auch viele Polen, Tschechen, Ungarn und Rumänen interessieren sich verstärkt für den kulturellen Beitrag der früheren deutschen Bewohner, für deren Kultur und Geschichte sowie für das Vertreibungsschicksal.

Mit Erika Steinbach hat der BdV eine Präsidentin, die vor allem in Polen in der Kritik steht. Gehört die Konfrontation zwangsläufig zur Rolle des Verbands?

Die Vorwürfe gegenüber Erika Steinbach sind absurd und unhaltbar: So schlug die BdV-Präsidentin etwa im Jahr 2004 für die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen eine innerstaatliche Regelung vor, um die außenpolitische Konfliktlage zu beenden.

Auch initiierte sie in Berlin eine eindrucksvolle Gedenkveranstaltung des BdV, in der des Warschauer Aufstandes gegen das grausame Besatzungsregime Hitlers in Polen gedacht wurde. Ebenso distanzierte Erika Steinbach sich von den Entschädigungsforderungen der so genannten „Preußischen Treuhänder“, deren Klage der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Oktober 2008 zurückwies.

Und was oft verkannt wird: Ohne sie und den sudetendeutschen Sozialdemokraten Peter Glotz hätte es die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nicht gegeben, die das Thema Vertreibung europäisch aufarbeiten wird ohne jede Relativierung deutscher Verbrechen, aber auch ohne jede Beschönigung des Vertreibungsunrechts.

Die so genannte Erlebnis-Generation unter den Flüchtlingen und Vertriebenen stirbt aus. Wie sollte es mit der Verbands-Arbeit weitergehen?

Ich bin überzeugt, dass das Interesse der Enkelgeneration an der Herkunft der Eltern und Großeltern in den kommenden Jahren eher zunehmen wird. Die Begriffe von „Heimat“ und „Identität“ und die damit verbundenen Vorstellungen, gesellschaftlichen Phänomene und Sehnsüchte stehen im Mittelpunkt öffentlichen und medialen Interesses sowie zunehmend auch wissenschaftlicher Diskurse. Diesem Bedürfnis nach „Heimat“ und „Identität“ kommt der BdV nach – sowohl in der kulturellen Bildung als auch bei der Schwerpunktsetzung in der Geschichtswissenschaft und -forschung. Gleichzeitig bleibt es Aufgabe, lebendige Brücken zur alten Heimat zu bauen und dabei auch die Kontakte zu den deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa nachhaltig zu pflegen.

„Noch stärker zur Aussöhnung beitragen“

Vertriebenen-Verbände suchen Rolle für die Zukunft – Götz: Das kulturelle Erbe muss bewahrt werden

Von Ralf Blasig

Mehr als 60 Jahre ist es her, dass Millionen Deutsche als Flüchtlinge und Vertriebene ihre Heimat verloren. Immer drängender stellt sich deshalb die Frage: Welche Rolle können ihre Verbände in Zukunft spielen, wie die Bedeutungslosigkeit vermeiden?

Für Rudolf Götz aus Seesen, Beauftragter der Landesregierung für Heimatvertriebene, ist die Antwort klar: „Die Vertriebenen müssen noch stärker zur Aussöhnung der Deutschen und Polen beitragen“, fordert der CDU-Landtagsabgeord-

nete. „Es war ein Fehler, sich nach der Deutschen Einheit gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hauptsächlich aus rechtlichen Gründen zu sträuben.“

250 000 bis 300 000 Menschen mit starkem Interesse am Thema Flucht und Vertreibung gebe es noch in Niedersachsen, schätzt Götz. Deutlich sichtbar werde dies beispielsweise dann, wenn jemand regelmäßig ein Heimatblättchen mit Informationen über seine Herkunftsregion im Os-

ten lese. Große Persönlichkeiten wie den Philosophen Immanuel Kant hätten die erstmals ostdeutschen Gebiete hervorgebracht, sagt Götz. Dieses kulturelle Erbe gelte es nun zu bewahren.

Wenig politisch versteht nach eigener Aussage Elisabeth Steinhof ihre Aufgabe als Vertriebenen-Vertreterin. Bei den monatlichen Treffen in ihrem Schladener Haus oder einer Gastwirtschaft gehe es noch heute vor allem um die Bewältigung des Erlebten, berichtet die Vorsit-

zende des Kreisverbands Goslar-Land im Bund der Vertriebenen. Viel werde dabei über die Vergangenheit gesprochen. Auch Tagesausflüge unternahme man gemeinsam.

Rund 200 Mitglieder zählt Steinhof zufolge der Kreisverband, zu dem Schladen, Bad Harzburg, Viernburg und Liebenburg gehören. 18 Jahre war sie alt, als sie 1945 Königsberg verlassen musste. Mit ihr sind ihre Nachbarn und Freunde in die Jahre gekommen, so dass sie sich nun um den Nachwuchs sorgt. Die Erlebnisgeneration sterbe weg, sagt Elisabeth Steinhof.



65 Jahre danach
Flucht und Vertreibung

Geschichts-Serie im Internet

Wichtige Inhalte der großen Geschichts-Serie hat die GZ auf ihrer Internetseite gesammelt. Unter www.goslarsche.de/vertreibung finden Sie Videos von mehreren Zeitzeugengesprächen sowie Texte zu vielen Aspekten. Dazu gehören:

- Ankunft – der Harz als Zufluchtsort
- Flucht – was die Menschen über ihren Weg erzählen
- Unterbringung – der Wohnraum ist knapp
- Arbeit – Flüchtlinge und Vertriebene in der Wirtschaft
- Familien-Schicksale – Tragödien im engsten Umfeld
- Politik – neue Kräfte in den kommunalen Räten